



## **PRESSEMITTEILUNG**

**Hauke Bruhns**

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Stellvertretender Pressesprecher

Tel.: 04 31 988-1607

Fax: 04 31 988-1602

hauke.bruhns@piratenfraktion-sh.de

Kiel, 22.05.15

### **Angelika Beer: Eine Missachtung des Parlaments und seiner Kontrollfunktion**

Zur heutigen (22. Mai 2015) Debatte über den 'Flüchtlingspakt' der Landesregierung erklärt die flüchtlings- und migrationspolitische Sprecherin der Piratenfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Angelika Beer:

"Dass man sich an einen Tisch setzt, um gemeinsame Strategien in der Flüchtlingspolitik zu entwickeln, finde ich wichtig und gut. Ob das jetzt in einem Rahmen stattfinden müssen, wie auf der 'Flüchtlingskonferenz' am 6. Mai 2015, darf man jedoch zumindest hinterfragen. Sicher, man sollte sich nicht in Hinterzimmern treffen, wenn es um Flüchtlinge geht. Die 'Flüchtlingskonferenz' zum 'Flüchtlingspakt' in der Halle 400 wirkte dann aber doch eher wie eine Wahlkampfveranstaltung unter Kronleuchtern. Nun gut, aber wichtig ist, was hinterher dabei rauskommt.

Da ist er nun, der 'Flüchtlingspakt'. 'Willkommen in Schleswig-Holstein! Integration vom ersten Tag an'. Diese Zielvereinbarung klingt ja zunächst einmal sehr vielversprechend: Die Kommunen erhalten mehr Geld, Flüchtlinge Sprachförderung und leichteren Zugang zu medizinischer Versorgung, drei neue Erstaufnahmeeinrichtungen werden gebaut,



Flüchtlinge erhalten bessere Zugangsmöglichkeiten zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, sie werden bedarfsgerechter auf die Kommunen verteilt und ein verbesserter Schutz von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird angestrebt. Fast alles unstrittig. Fast, weil ich nicht akzeptieren kann, dass Asylbewerber, denen man kaum eine Chance auf Anerkennung zutraut, als Flüchtlinge zweiter Klasse behandelt werden sollen.

Dem Konzept der Landesregierung muss nun die Praxis folgen. Dialog ist hier das Zauberwort! Das hat an den Beispielen 'Boostedt' und 'Lübeck-Bornkamp' leider nicht geklappt. Dort wo Dialog und Transparenz vernachlässigt werden, entsteht Raum für die Verbreitung ausländerfeindlicher Parolen. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Und auch beim Flüchtlingsgipfel wäre eine dialogorientierte Kommunikation wünschenswert gewesen, da der Pakt unter Ausgrenzung des Landtages entwickelt wurde. Viele politische Institutionen wurden in den konzeptionellen Prozess eingebunden: der Gemeindetag, der Landkreistag, der Städtebund und der Städtetag Schleswig-Holstein. Ohne Frage, alle Institutionen, die eine Berechtigung haben, gehört zu werden. Denn ohne ihre Expertise würden alle Versuche der Umsetzung scheitern. Erstaunlich, dass ausgerechnet der Schleswig-Holsteinische Landtag nicht einbezogen wurde - das ist inakzeptabel!

Wir möchten unsere Rolle als Parlament nicht darauf reduzieren lassen, dass wir beispielsweise über einen Nachtragshaushalt diskutieren, der Mehrausgaben in Höhe von 140 Millionen Euro für flüchtlingspolitische Projekte beinhaltet, wir aber an der Ausgestaltung des der Konzepte hierfür nicht beteiligt sind und keinen Einfluss auf diese nehmen können. Das ist eine Missachtung des Parlaments und seiner Kontrollfunktion.



Gerade in Zeiten von Krisen und großer Herausforderungen sind ein rationaler, sachbezogener Dialog über Parteigrenzen hinweg für die Stärkung und den Erhalt der Demokratie wesentlich. Wir als gewählte Repräsentanten der parlamentarischen Demokratie sollten dann auch die Zeit und Möglichkeit haben, eigene Impulse setzen zu setzen.

Auf der Internetseite von Torsten Albig steht: „Gemeinsam mit vielen anderen will ich für eine bessere Politik werben. Beginnen wir heute!“ Die Landesregierung kann mit einem besseren parlamentarischen Stil ab heute damit anfangen, dass wir morgen 'wir' sind."

Ansprechpartner:

Angelika Beer, MdL, Tel: +49 431 988 1640